

AUSGABE VOM 18. FEBRUAR 2022

Engagement gegen Extremismus und Gewalt sichtbarer machen

CDU-MdB Michael Breilmann ist neues Beiratsmitglied im bundesweit agierenden „Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt“. Der Beirat besteht aus 22 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie aus allen Bundestagsfraktionen. Die CDU/CSU-Fraktion benannte den Innenexperten am Montag für die Dauer der 20. Wahlperiode. Das im Jahr 2000 durch die Bundesministerien des Inneren und der Justiz initiierte Bündnis verfolgt das Ziel, zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie und Toleranz und gegen Extremismus und Gewalt zu bündeln, zu vernetzen und ihm eine größere Resonanz in der Öffentlichkeit zu verschaffen. „Ich freue mich über diese Aufgabe. Das Ziel, möglichst viele Menschen zum Einsatz für unsere Demokratie zu ermutigen, ist mir ein Herzensanliegen“, so Breilmann.

Rechtsextremismus ist derzeit größte Bedrohung für Demokratie

Zwei Jahre nach dem Terroranschlag von Hanau vom 19. Februar 2020, bei dem der Täter zehn Menschen und anschließend sich selbst tötete, haben im Bundestag Vertreter der Regierungskoalition und der Opposition am Mittwoch zu einer entschlossenen Bekämpfung des Rechtsextremismus in Deutschland aufgerufen. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann unterstrich als Extremismus-Experte seiner Fraktion, dass der Anschlag von Hanau eine rechtsextremistische und klar rassistisch motivierte Tat gewesen sei. Hass dürfe in Deutschland aber niemals siegen.



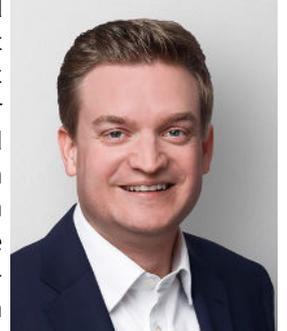
„Die Familien und Angehörigen der Opfer von Hanau sollen wissen: Sie sind nicht allein. Wir sind in Gedanken und in unserem persönlichen politischen Handeln bei ihnen“. CDU-MdB Michael Breilmann am Mittwoch bei seiner ersten [Rede](#) im Deutschen Bundestag. (Foto: privat)

Der politische Auftrag heiße, dass sich jeder Mensch in Deutschland sicher fühlen können soll. Um diese Sicherheit zu gewährleisten, bräuchten die Sicherheitsbehörden aber auch bessere Befugnisse. „Der schreckliche Anschlag mahnt und verpflichtet uns zu konsequentem Handeln gegen Menschenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus. Ich bin dankbar, dass so viele Menschen bundesweit in diesen Tagen, auch in meiner Heimatregion im Kreis Recklinghausen, der Opfer gedenken“, so der 38-jährige Jurist in seiner ersten Rede vor dem Deutschen Bundestag. Die Gewaltspirale drehe sich leider immer weiter und schneller, und damit verbunden verschärfe sich die Radikalisierungstendenz in den sozialen Netzwerken. Der Anstieg der Fallzahlen und der zügellose Hass gegen Bürgermeister

und andere Mandatsträger, darunter viele ehrenamtliche in der Kommunalpolitik, sei besorgniserregend. Auch hier dürfe man sich nicht wegducken, so Breilmann. Es gelte die Leistungsfähigkeit der Sicherheitsbehörden zu erhalten und die Arbeit von Polizei und Verfassungsschutz mehr wertzuschätzen. „Es sind die Beamtinnen und Beamten, die für unsere Sicherheit und Freiheit jeden Tag auf die Straße gehen und auch Leib und Leben riskieren“. Die CDU/CSU-Fraktion werde sich weiter mit aller Schärfe gegen jede Form von Extremismus wehren. „Der Rechtsextremismus ist derzeit die größte Bedrohung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Das bedeutet aber nicht, dass wir uns nicht mit allen Formen des Extremismus auseinandersetzen!“.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

stürmisch und wechselhaft ist derzeit nicht nur das Wetter sondern sind auch die Tage in Berlin. Am Sonntag die Wahl des Bundespräsidenten und am Diens-



tag die Wahl eines neuen Fraktionschefs mit Friedrich Merz. Danach die Vorstellung unseres Corona-Konzepts, am Mittwoch meine „Feuerprobe“, die erste Rede im Bundestag, die zweite gleich folgend am Freitag. Daneben muss mein Team noch „nebenbei“ den Umzug in neue Büroräume schultern. Es sind herausfordernde Tage.

Daneben wird außenpolitisch natürlich alles durch den Russland-Ukraine-Konflikt überschattet. Diese Krise muss für uns ein Weckruf sein. Selten waren Sicherheit und Frieden auf der Welt so bedroht wie heute. Umso wichtiger ist eine gemeinsame Position des Westens. Die starke US-Präsenz, über die ich froh bin, bietet gerade den Europäern die Chance, sich nach langer Zeit unmittelbar mit den Partnern abzustimmen. Die Ukraine ist ein souveränes Land, das selbst über seine Zukunft entscheidet. Für uns ist es daher nicht hinnehmbar, dass der Kreml darüber bestimmen will, was die Menschen in der Ukraine sich wünschen dürfen oder was nicht. Präsident Putin muss seinen Versprechungen eines Truppenrückzugs so schnell wie möglich Taten folgen lassen. Bislang sehen wir davon leider noch nichts.

Bleiben Sie gesund.

Ihr

Michael Breilmann

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Recklinghausen I



Corona: Union fordert Regierung zum Handeln auf

In einem in dieser Woche fast einstimmig beschlossenen Antrag „Impfvorsorgesetz – ein guter Schutz für unser Land“ fordert die Unionsfraktion die Bundesregierung auf, sich darauf vorzubereiten, dass mit dem Auftreten einer neuen Virusvariante erneut eine Überlastung des Gesundheitssystems und der kritischen Infrastruktur droht. Aus Sicht der Fraktion sind dafür ein Impfregister, die Intensivierung der Impfkampagne und ein gestufter Impfmechanismus nötig. Bislang ist die Unionsfraktion die einzige Fraktion mit einem fertigen Konzept. Für den Kampf gegen Corona braucht Deutschland eine ausreichende Datenbasis in Form eines Impfregisters. Es gibt Auskunft darüber, wer geimpft ist und wer nicht. Die Unionsfraktion setzt sich zudem für die Intensivierung der Impfkampagne ein. In ihrem Konzept definiert die Union, unter welchen Voraussetzungen ein Impfmechanismus in Kraft gesetzt werden könnte. Mit diesem differenzierten Konzept sieht sich die Unionsfraktion für die Beratungen im Bundestag über eine eventuelle allgemeine Impfpflicht gut aufgestellt. „Wir stecken den gesetzlichen Rahmen ab“, so CDU-MdB Michael Breilmann. Mit einem einfachen Bundestagsbeschluss könne der Mechanismus schnell „scharf geschaltet werden“, sollte die Corona-Lage es im Herbst erfordern.

Friedrich Merz neuer CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender



Friedrich Merz ist neuer Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Der 66-jährige CDU-Chef, der von den Unionsabgeordneten am Dienstag 89,5 Prozent der Stimmen erhalten hatte, bedankte sich für das eindrucksvolle Vertrauensvotum und kündigte eine entschlossene Oppositionsarbeit an. Die Bundestagsfraktion sei das „Kraftzentrum von CDU und CSU“. Merz kündigte an, dass die Unionsfraktion in der Opposition nicht nur die Regierung kontrollieren, sondern eigene Themen setzen und Alternativen entwickeln werde. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann gratulierte Merz und lud ihn in die Region Recklinghausen ein. (Bild: privat)

Energiekosten: Heizkostenzuschuss reicht nicht aus

Der Bundestag hat am Freitag in erster Lesung den Entwurf eines Heizkostenzuschussgesetzes der Ampel-Koalition beraten. Ziel des Gesetzes ist es, vor dem Hintergrund gestiegener Heizkosten unter anderem Empfängern von Wohngeld in diesem Jahr einen einmaligen Heizkostenzuschuss zukommen zu lassen. „Wir brauchen eine dauerhafte, nachhaltige Erhöhung



„Die Ampel hat versprochen, Menschen mit kleinem Einkommen zu entlasten. Wir als Union nehmen Sie beim Wort!“ CDU-Bundestagsabgeordneter Michael Breilmann bei seiner [Rede](#) am Freitag im Bundestag. (Bild: privat)

und gerade nicht nur eine Einmalzahlung. Erforderlich ist nicht eine halbherzige, sondern eine dauerhafte und nachhaltige Lösung, die die steigenden Energiekosten abbildet“, forderte der CDU-Bundestagsabgeordnete und Bauexperte Michael Breilmann in der Debatte. Es müssten Wege der Entlastung für Menschen mit mittleren Einkommen und Familien gefunden werden. Auch die dürfe man nicht im Stich lassen. Die Regierung müsse handeln: „Viele Haushalte und Familien auch aus der Region Recklinghausen bekommen das unmittelbar im Geldbeutel zu spüren. Wer ein niedriges Einkommen hat, aber kein Wohngeld bezieht, der geht beim Heizkostenzuschuss weitgehend leer aus. Das darf nicht sein“, so MdB Breilmann.

„Dämpfen Sie den Preisanstieg bei den Energiekosten, senken Sie umfassend staatliche Abgaben und entlasten Sie die Bürger richtig“, so Breilmanns Schlussappell an die Bundesregierung.

Impressum:

Ausgabe Nr. 03 der 20. Wahlperiode

18. Februar 2022

Herausgeber:

Bundestagsbüro M. Breilmann

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-72555

Email:

michael.breilmann@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

M. Breilmann MdB/Harald Häßler/

M.-L. Rosenberger/R. Hoffmann